

Danziger Zeitung.

Nr. 1833.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Interale kosten für die sieben - gespaltene gewöhnliche Schriftseile oder deren Raum 20 Pf.
— Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Politische Uebersicht.

Danzig, 11. Juni.

Regierung und Centrum.

Die Bemerkungen, welche der in unseren heutigen Morgentelegrammen wiedergegebene halböffentliche Artikel des „Reichsanzeigers“, an die Ablehnung des Sperrgesetzes knüpft, können zwar, soweit es sich um die Sache selbst handelt, in keiner Weise überraschen. Der Inhalt des Artikels steht in voller Uebereinstimmung mit der Stellung, welche Minister v. Gossler bei der Beratung der Vorlage im Abgeordnetenhaus bis zum letzten Augenblick eingenommen hat. Das Auffällige ist nur, daß die Regierung sich veranlaßt sieht, gerade in diesem augenblicklichen Stellung zu den Vorgängen im Abgeordnetenhaus zu nehmen. Sie erblärt die Ursache für die ablehnende Haltung des Centrums in der Nachhaltigkeit der früheren Culturkampfslösung, welche, wie sie meint, bei der Partei noch nicht gänzlich bestätigt sei. Das Centrum hat seine ablehnende Haltung bekanntlich damit motiviert, daß namentlich der niedere Clerus von der Doraussetzung ausgehe, daß ihm eine Entschädigung für die auf Grund des Sperrgesetzes vornehmten Leistungen zuhause und daß die Partei nicht in der Lage sei, über diese Ansprüche zur Tagesordnung überzugehen. Außerhalb des Centrums hat man natürlich nach anderen Motiven gefucht und der Parteilösung, die es ja ohne Zweifel in der Hand gehabt hätte, die Annahme des Gesetzes herbeizuführen, die Absicht zugeschrieben, das Sperrgeldegesetz zu einem Compensationsobjekt zu machen. Wenn das Centrum im Reichstage die Hand dazu bietet, die Militärvorlage auch ohne Compensationen zu Stande zu bringen, so würde die preußische Regierung sich vielleicht bewegen lassen, diese Leistung des Centrums durch Zugeständnisse an einer neuen Sperrgeldevorlage zu compensiren. Herr Windthorst hat ja in der vorigestrichenen Sitzung der Militär-Commission in dieser Beziehung Erklärungen abgegeben, die natürlich in keiner Weise verbindlich sind, die aber nach der Fassung, in der sie in der „Germania“ mitgetheilt werden, geeignet sind, weitgehende Hoffnungen zu erregen. Herr Windthorst hat freilich damit begonnen, zu erklären, daß das Centrum sich endgültig über seine Stellung zur Vorlage erst in der dritten Sitzung im Plenum schließen machen werde. Es ist aber deutlich durchblicken, daß die Partei unter Umständen nicht abgeneigt sei, die Vorlage unbedingungslos zu bebilligen und weiteren Wünschen für die Zukunft nur in der Form von Resolutionen Ausdruck zu geben, wozu ja auch der Reichskanzler gerathen hat. Hinterher freilich magte der Centrumsführer allerlei Vorbehalt bejüglich der zweijährigen Dienstzeit, bezüglich der Erweiterung der Rekrutenvacans und der Vermehrung der Dispositionssurlauber und fügte dann hinzu:

„Ein großes Entgegenkommen gegen die Forderungen der Regierung ist vom Hause und von uns beabsichtigt. Wenn aber jeder Wunsch auf Compensation abgelehnt wird, weiß ich nicht, was daraus werden kann.“

Die Absichten des Herrn Windthorst sind damit so deutlich wie möglich bezeichnet, wenn noch die Andeutung hinzugefügt wird, daß möglicherweise die Stimmung zu Gunsten der zweijährigen Dienstzeit in Süddeutschland die Ausführung dieser Absichten erschweren oder verhindern könnte. Diese Möglichkeit ist allerdings nicht ausgeschlossen. In Centrumskreisen besteht in der That eine ziemlich lebhafte Missstimmung in Folge der ablehnenden Haltung der Regierung in der Frage der zweijährigen Dienstzeit und Herr Windthorst wird Mühe genug haben, die Dinge in seinem Sinne zu leisten. Erleichtert wird ihm diese Aufgabe sicherlich nicht durch die unweit- deutige Erklärung des Reichskanzlers, daß die im Abgeordnetenhaus abgelehnte Sperrgeldevorlage den einzigen möglichen Weg zu einer Erledigung der Frage zu Gunsten der katholischen Kirche enthalte. Der Ausdruck der Hoffnung, daß die Culturkampfslösung bei allem guten Willen sich allmählich verslören würde, wird im Centrum gerade wenig Eindruck machen. Mit der Herrschaft des Herrn Windthorst über die Partei würde es wohl bald zu Ende sein, wenn diese Hoffnung der Regierung sich erfüllen sollte.“

Der Reichskanzler und die auswärtige Politik im Reichstage.

Bei der Beantwortung der Interpellation betreffend den Pauschalw. in Elsass-Lothringen hat der Reichskanzler v. Caprivi, nachdem er die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Maßregel unter Vermeidung unnötiger Härten darlegte, der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Einbringung von Interpellationen dieser Art ohne Fühlung mit der Regierung dem Reichsinteresse nicht entspreche. Im vorliegenden Falle gab er sich gleichwohl der Hoffnung hin, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, für deren Besserung in letzter Zeit zu seiner besonderen Befriedigung vielfache Symptome vorlagen, nicht Schaden leiden würden. Der Reichskanzler knüpfte daran den Wunsch, daß Anträge, welche sich auf Fragen der auswärtigen Politik beziehen, in Zukunft erst nach Rücksprache mit ihm eingebroacht werden möchten. Wäre er in diesem Falle befragt worden, so würde er natürlich vertraulich den Antragsteller in wenigen Minuten davon überzeugt haben, daß die Einbringung des Antrages sich nicht empfehle. — Das Verfahren, welches der Reichskanzler n. Caprivi hiermit befürwortet, wird bestimmt in allen konstitutionellen Staaten... in der Regel beobachtet. Wenn im Reichstag bisher davon abgesehen worden ist, so hatte das seinen Grund nicht in dem Mangel

an Rücksicht auf die auswärtige Politik des Reiches, sondern darauf, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck namentlich für Mitglieder der Linken ungänglich war.

Ueber die nächste Sitzung der Militär-Commission,

in welcher die Specialdiscussion beginnen soll, war bis gestern noch keine Bestimmung getroffen. Man nimmt jetzt an, daß die Specialdebatte in zwei Sitzungen zu Ende gehen wird. Die in der Sonnabendsitzung der Commission von dem General Vogel v. Falckenstein gehaltene Rede über die wirtschaftliche Bedeutung der dreijährigen Dienstzeit und des Militärdienstes überhaupt, welche nach dem Beschluss der Commission den Mitgliedern gedruckt zugehen sollte, liegt bis jetzt noch nicht vor, obgleich der General nach der Abstimmung über den Antrag Richter bemerkte, daß er sich dem Beschluss der Commission fügen werde. In Abgeordnetenkreisen wird vermutet, daß die Mitteilung des Wortlauts der Rede auf Veranlassung des Kriegsministers unterblieben sei. In der nächsten Sitzung der Commission wird diese Frage ohne Zweifel klar gestellt werden.

Ueber Vorbereitungen für den Staat auf 1891/92

schreiben die Berliner „Pol. Nachr.“:

„Obwohl die Hafttagsetsatz auf 1890/91 noch nicht sämtlich festgestellt, geschweige denn die zur Durchführung der Beamtenbefolgsungserhöhungen nothwendigen Einzelanordnungen zum Abschluß gebracht sind, so sind doch in den preußischen Einzelressorts die Vorbereitungen für den Staat auf 1891/92 schon in vollem Gange; denn am 1. Juli ist bekanntlich der Termin, an welchem nach königlicher Bestimmung die Anmeldung von Mehrbedürfnissen bei der Finanzverwaltung vorgelegt und begründet sein muß. Wenn bisher die Neuanforderungen innerhalb der Staatsregierung mit solcher Strenge auf ihre Notwendigkeit geprüft wurden (?), daß Abfragen im Abgeordnetenhaus nur ganz ausnahmsweise eingetreten sind, so läge zu einem derartigen strengen Versfahren für 1891/92 noch besonderer Anlaß vor. Da der Reservefonds für außerordentliche Schuldentilgung in dem Staatschuldenetat seinem vollen Betrage nach für die Erhöhung der Beamtengehälter verwendet ist, bietet der laufende Staat nicht einmal mehr für die aus der preußischen Gezeitigung zu gewaltigenden Mehrausgaben (Schuldenversorgung der Volksschullehrer etc.) geschweige denn zur Deckung des Mehrbedarfs an Matricularumlagen die Mittel. Der beträchtliche Überschuß des Jahres 1889/90 muß, abgesehen von den Bedenken, welche sich der Heranziehung außerordentlicher Einnahmen zur Deckung ordentlicher Ausgaben entgegenstellen, nach dem Eisenbahngarantiegesetz im vollen Betrage zur Schuldentilgung bzw. Verrechnung auf Anleihen verwendet werden, während manche Einnahmequelle, u. a. die Überschüsse der Berg- und Hüttverwaltung, eher eine rückläufige als eine steigende Bewegung erwarten lassen. Es ist daher klar, daß unter diesen Umständen die Finanzwirtschaft Preußens mit größter Vorsicht und Zurückhaltung geführt werden muß.“

Der Ausgleich.

Durch den bereits gemelbten Ausgleich ist die Gefahr einer Spaltung der freiheitlichen Partei, die so überaus nahe gerückt zu sein schien, nunmehr beseitigt und das getriebene Einvernehmen in der Fraktion wiederhergestellt. Der Ausgleich ist durch lohbares Entgegenkommen von beiden Seiten erzielt worden; jede der beiden interessirten Richtungen hat Concessions gemacht und jeder sind Concessions gemacht worden. Es ist einerseits nicht bei dem Beschlusse der Aufschwuchsräte vom 11. Mai geblieben, und andererseits ist der Vorst. im Siebener-Ausschuß, von dem Namen abgesehen, nicht derselbe geblieben, wie er bis dahin war, indem die Befugnisse dieses Postens nicht in einer Hand gelassen, sondern gleichzeitig auf zwei Männer übertragen worden sind, den früheren Vorstehenden Richter und den am 11. Mai zum Vorstehenden gewählten Schröder, die beide mit denselben Rechten zur Berufung des Siebener-Comités ausgestattet wurden und im Vorst. mit einander abwechseln.

Wie nun dieser Ausgleich die Frucht gegen seitigen lokalen Entgegenkommens ist, so ist zu hoffen, daß er auch loyal von beiden Seiten ausgeführt wird, von den Abgeordneten und in der Presse. Die Wähler im Lande werden dies gewiß gern unterstützen. Das, was den Streit an die öffentliche Gezeitigung gebracht hat und jetzt zurückgestellt ist, wird hoffentlich auch dazu beitragen, daß in Zukunft vermieden wird, was zu neuen Differenzen führen kann.

Abermals ein Interview in Friedrichsruh.

Der Londoner „Daily Telegraph“ veröffentlicht in einer Specialausgabe einen Bericht über ein Interview mit dem Fürsten Bismarck. Dieser äußerte sich namentlich über die Arbeiterfrage; je mehr man dem Arbeiter gebe, desto mehr verlangte er, das sei nur natürlich. Der Staat sollte sich aber nicht einmischen, um den berechtigten Klagen der Arbeiter abzuholzen, das schade mehr, als es nütze. (1) Man mache ihm den Vorwurf, daß er sich in Deutschland dieser Einmischung zuerst schuldig gemacht habe; das sei unrichtig, er habe den Arbeitern nur eine Wohlthat erweisen wollen, namentlich mit der Altersversorgung. Der verstorbene Kaiser Wilhelm I. habe zuerst seinen Plan nicht begriffen, sei aber dann mit vollem Herzen dafür eingetreten. Die Arbeiter aber durch gesetzliche Bestimmungen zufrieden machen zu wollen, sei eine Extravaganza, ein Phantom, das sich nicht erfassen lasse. Dem Reichs-

kanzler v. Caprivi spendete Fürst Bismarck das höchste Lob. Caprivi sei ein vollendet Gentleman, habe einen klaren Kopf, ein gutes Herz und sei großmütig, er habe eine wunderbare Arbeitskraft und sei überhaupt ein „first class man“. Bismarcks Äußerungen über die auswärtige Politik verspricht der Correspondent in einem zweiten Briefe.

Uebrigens wird in Betracht des Verkehrs des Fürsten Bismarck mit den ausländischen Zeitungsreportern dem „Hamburgischen Correspondenten“ aus Berlin geschrieben, daß das Auswärtige Amt in der That seine Ansichten über die Interviews des Fürsten Bismarck, die im Auslande so viel Staub aufwirbeln, zu erkennen gegeben hat, „daß aber Maßregeln vorgeschlagen worden seien, um die Fortsetzung ähnlicher Veröffentlichungen auf geeigneter Weise zu verhindern, ist absolut unglaublich und die angeblich ablehnende Haltung des Kaisers gegenüber solchen Vorbrüchen darf demnach als eine Erfindung bezeichnet werden“.

Auf der anderen Seite will die „Freie. Ztg.“ aus guter Quelle erfahren haben, daß in der That in Frage gekommen ist, den Fürsten Bismarck strafrechtlich auf Grund des Arnim-paragraphen zu verfolgen, daß der Kaiser aber sich zunächst ablehnend gegenüber solchen Vorbrüchen erklärt und die erwähnten Circulare an die Botschafter im Auslande veranlaßt habe, in denen die Äußerungen des Fürsten Bismarck als einfache Äußerungen eines dem amtlichen Leben vollständig fernstehenden Mannes gekennzeichnet werden.

Sozialdemokratische Parteitage

für kleinere Distrikte sind in der nächsten Zeit mehrfach geplant. Ein Parteitag für einzelne Kreise der Provinz Sachsen hat vor mehr als Monatsfrist bereits stattgefunden, am 22. Juni soll nun für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. und war in Cottbus, ein Parteitag abgehalten werden. Weitere Congresse namentlich für Süddeutschland werden folgen. Auf allen diesen Congressen sind es namentlich zwei Gegenstände, welche die Congreßmitglieder beschäftigen werden. In erster Linie ist die Vermehrung der sozialdemokratischen Presse ins Auge gefaßt; an allen Ecken und Enden keinen jetzt, wie früher nach einem warmen Regen, die sozialdemokratischen Blättern hervor. Der zweite Punkt ist von wesentlich größerer Bedeutung. Die sozialdemokratischen Führer wollen nämlich darüber in Beratung treten, wie am besten die ländliche Arbeiterbevölkerung für die Sozialdemokratie gewonnen werden können.

Das österreichisch - ungarische Marinebudget.

Der Budgetaustausch der österreichischen Delegation verhandelte gestern das Marinebudget und nahm dasselbe unverändert an. Der Marinestandort Admiral v. Sternbeck erklärte im Laufe der Verhandlungen, es würden zu Ende des Jahres 1890 und Anfang des Jahres 1891 drei Kriegsschiffe außerhalb des mittelägyptischen Meeres segeln und eine größere Escadre werde demnächst die Häfen des mittelägyptischen Meeres, Frankreichs, Englands, Hollands und Dänemarks berühren und bis Aegypten gehen. Im Inlande werde eine größere Torpedobootsflottille behufs Instruction des Personals im Dienst gehalten. Größere Leistungen seien mit Rücksicht auf die zu Gebote stehenden Mittel unthunlich.

Die Opposition in Dänemark.

Wie man uns aus Kopenhagen berichtet, ist die oppositionelle Bewegung gegen das Cabinet Estrup seit einiger Zeit im Wachsen begriffen. Selbst in den Kreisen der Provinz Sachsen hat vor mehr als Monatsfrist bereits stattgefunden, am 22. Juni soll nun für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. und war in Cottbus, ein Parteitag abgehalten werden. Weitere Congresse namentlich für Süddeutschland werden folgen. Auf allen diesen Congressen sind es namentlich zwei Gegenstände, welche die Congreßmitglieder beschäftigen werden. In erster Linie ist die Vermehrung der sozialdemokratischen Presse ins Auge gefaßt; an allen Ecken und Enden keinen jetzt, wie früher nach einem warmen Regen, die sozialdemokratischen Blättern hervor. Der zweite Punkt ist von wesentlich größerer Bedeutung. Die sozialdemokratischen Führer wollen nämlich darüber in Beratung treten, wie am besten die ländliche Arbeiterbevölkerung für die Sozialdemokratie gewonnen werden können.

Ersatzwahlen in Belgien.

Bei den gestrigen Ersatzwahlen zur Deputiertenkammer verloren die Liberalen ihren einzigen Sitzen in Gent. Die gefaßte clericalistische Liste in Gent wurde im ersten Wahlgange mit einer Mehrheit von 500 St. wieder gewählt. In Berviers verloren die Clericalen einen Sitzen. In Sognies, Tournai und Lüttich wurden die Liberalen, in Alost, Audenarde, Maremme und Hasselt die Clericalen wieder gewählt. In Mons wurde die Liste der Liberalen mit einer Mehrheit von 700 St. wieder gewählt. In Charleroi siegten ebenfalls die Liberalen und verloren die Katholiken zwei Sitze. Im ganzen haben die Liberalen drei Sitze gewonnen und einen verloren. In Thuin sind zwei Ersatzwahlen zwischen Katholiken und Liberalen notwendig.

In der französischen Deputiertenkammer legte gestern, wie aus Paris telegraphiert wird, der Minister des Auswärtigen Ribot auf eine

Anfrage Pichons die Gründe sowie die Bedingungen, unter denen Frankreich der ägyptischen Concession zugestimmt hätte, dar. Ribot verlas eine über diesen Gegenstand an die ägyptische Regierung gerichtete Note und erklärte, die englische Occupation in Aegypten sei nur vorübergehend und er weißte nicht daran, daß die englische Regierung ihrem Versprechen der Räumung nachkommen werde. Ribot schloß, Frankreich wünsche mit England in den herzlichsten Beziehungen zu leben, aber es könne nicht ohne Widerspruch zulassen, daß sich England in Aegypten festsetze. Die französische Regierung lasse keine Gelegenheit vorübergehen, ohne von neuem darauf zurückzukommen. Die Kammer begleitete die Ausführungen des Ministers mit Beifall.

Die englisch-französische Tunnelverbindung.

Obwohl die Herstellung einer unterseeischen Tunnelverbindung zwischen England und Frankreich vom Londoner Parlament am letzten Donnerstag bereits zum fünften Mal innerhalb weniger Jahre verworfen worden ist, läßt sich doch nicht leugnen, daß der Gedanke selbst unterbrochen an Terrain gewinnt. Nach Ausweis der parlamentarischen Statistik hatte der bezügliche Antrag im Jahre 1885 noch eine Mehrheit von 182 Stimmen gegen sich; diese sank im Jahre 1888 auf 142, gegenwärtig auf 81 (!) Stimmen. Wenn diese Tendenz dauernd fortwirken sollte, so ließe sich der Zeitpunkt beinahe schon berechnen, wo die Mehrheit gegen sich in eine Mehrheit für das Kanalproject umgewandelt haben würde.

Reichstag.

13. Sitzung vom 10. Juni.

Auf Antrag des Abg. Windthorst wird das bisherige Präsidium, die Abg. v. Lebhow, Graf Ballstein und Baumbach, für die Dauer der Session wiedergewählt.

Es folgt die Interpellation des Abg. Richter: „Den Herrn Reichskanzler erlaube ich mir zu fragen: Wie denkt der Herr Reichskanzler über die Fortbauer der in den letzten Jahren für Elsaß-Lothringen erlassenen besonderen Bestimmungen in Bet्रeit der Pauschalpflicht und der Außenheitsbeschränkungen?“

Nachdem der Abg. Richter die Interpellation begründet und der Reichskanzler v. Caprivi dieselbe beantwortet (worüber bereits in der heutigen Morgennummer der „D. Z.“ telegraphisch berichtet ist), beschließt das Haus in einer Besprechung der Interpellation einzutreten.

Abg. Guérer (El.): Die Sperrre hat die Germanisierung von Elsaß-Lothringen nicht gefördert, sondern um viele Jahre hinausgebringt. Man hat dadurch den Grenzgraben zwischen Deutschland und Frankreich verlassen wollen, es ist aber nichts erreicht worden als eine Verhebung des Volkes. Im Auslande hat über diese Maßregel nur Schadenfreude geherrscht. Auch die Beamten haben keine Freude an dieser Maßregel. Im ganzen Lande und seiner Vertretung herrschte allgemein eine große Misstrauensgef. Viele Familien sind durch den Pauschalw. in ihren innersten Gefühlen verletzt worden. Es wurde der Vater vom Sohn, die Tochter von der Mutter getrennt gehalten. Frankreich wollte man schädigen, und man hat uns geschädigt. Der Reichskanzler sagte, daß französische Offiziere die Pläne von Elsaß-Lothringen nach Frankreich bringen könnten. Wer ein Spion ist, weiß auch ohne Pauschalw. durchzukommen. Er braucht nur den Umpact über Basel und Belgien zu machen. Nur möchte ich wissen, ob nicht ganz Deutschland, Italien und Frankreich durchspioniert wird. Dieses Umpact alle Nationen der Welt an, und nur diejenigen sind schuldig, die sich entlassen lassen. (Schr. gut!) Mit dem Pauschalw. oder der Grenzsperrre hält man dieses Geschäft nicht ab. Es läßt sich kaum vor der Humanität rechtfertigen, ein Land für das zu strafen, was in einem Augenblick politischer Ereignung geschehen ist. Zur Befreiung notorisch schädlicher Elemente genügt das Ausweisungsgesetz. Nur hat der Reichskanzler gesagt, man werde gnädig verfahren und reichlich Pauschalw. vergeben. Dadurch wird die Un Sicherheit nicht beseitigt, wenn nicht das Recht gilt, sondern die Gnade. Der Pauschalw. hat den Charakter eines Ausnahmegesetzes. Alle Ausnahmegesetze erreichen das Gegenheil von dem, was sie wollen. Die Sozialdemokraten sind die bestorganisierte Partei und das Centrum die stärkste. Darum kann ich nur meine Bitte wiederholen, daß der Pauschalw. endlich beseitigt werde. (Beifall bei den Elsaß-Lothringern.)

Abg. Höffel (Reichsp.): Ich danke dem Hrn. Reichskanzler für die Zusicherung, daß in Zukunft eine milde Praxis eingeführt werden soll, ich danke aber auch dem Hrn. Interpellanten für das Wohlwollen, das er meinem engeren Vaterlande entgegengebracht hat. Wer Elsaß-Lothringen liebt hat, muß wünschen, daß diese Maßregel in Zukunft nicht bestehen. Die wirtschaftliche Schädigung des Landes läßt sich zahlenmäßig an dem Rückgang des Verkehrs nachweisen. Das Deutschtum hat durch diese Maßregel auch keine Fortschritte gemacht. Eine milde Praxis kann nicht durch eine Änderung in der Anwendung der Verordnung selbst erfolgen. Es kann nur von Schaden sein, wenn ein Beamter auf diese Weise, ein anderer auf eine andere verfährt. Alle persönliche Willkür muß so viel wie möglich beseitigt werden. Die Geschichte Elsaß-Lothringens beweist, daß es die Liebe zu seiner Religion und die Achtung vor dem Gesetze hochgehalten hat, und ein Volk, das diese Eigenschaften behalten hat, ist ein gutes, gesundes, conservatives Volk, das in sich selbst das beste Mittel trägt gegen alle Wühleren von außen. Der Altimationsprozeß wird um so kürzer sein, je besser es die neue Herrschaft versteht.

Die wirtschaftliche Schädigung des Landes zu schützen, einen gesunden sozialen Ausbau zu fördern und gute wirtschaftliche Zustände zu schaffen. Durch die Pauschalregel ist das Deutschtum nur um etliche Jahre zurückgeworfen worden. Die Aufhebung der Pauschalregel liegt deshalb ebenso sehr im Interesse Deutschlands wie in dem Elsaß-Lothringens. Das Reichsland ist nun deutsch geworden, man sollte es danach behandeln und nicht bloß als eine Militärgrenze, auf deren Bewohner man keine Rücksicht nimmt. In der Beurtheilung der reichs ländischen Zustände sollte man die Eigenschaft nicht vergessen, die jeder Staatsmann über muß:

denn unter Germanisierung? Welche Anschauung sollen wir denn annehmen? Die aus Deutschlands Norden oder die aus dem Süden? Lassen Sie uns unsere Eigenart und machen Sie uns zufrieden, dann wird das Reichsland zu den treuesten Kindern des Reiches gehören. (Beifall.)

Abg. Hichel (soc., gewählt in Straßburg) führt aus, daß der Pachtzwang Handel und Gewerbe empfindlich schädige, daß diese Maßregel das Gegenheil von dem erreiche, was man beabsichtigt; man macht damit das Volk unzufrieden. Mit Schwertern kann man wohl Länder erobern, aber niemals die Herzen des Volkes.

Abg. Dellels (cls.) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an, da der Pachtzwang in Metz wohl am schlimmsten empfunden werde, und zwar nicht bloß von Elsaß-Lothringern, sondern auch von den Alt-Deutschen, welche seit längerer Zeit im Lande wohnen.

Abg. Richter: Der Reichskanzler hat beweist, ob es angemessen sei, auswärtige Angelegenheiten in einer Interpellation zu verhandeln. In der Allgemeinheit kann ich den Sach nicht gelten lassen. Es gibt sehr wenige Fälle parlamentarischer Erörterungen, in denen nicht auch das Verhältnis zum Ausland in Frage kommt, z. B. bei allen zollpolitischen Erörterungen, besonders aber bei militärischen Fragen. Die Regierung selbst hat bei der Militärvorlage kein Bedenken gebracht, die Begründung speziell zuspielen auf französische Wehrverhältnisse, und damit den Anfang gemacht, die zu parlamentarischen Erörterungen zu ziehen. Wäre der Sach richtig, so würde ein großer Theil unserer parlamentarischen Verhandlungen aus der Defensitlichkeit auscheiden. Eine Interpellation ist garnicht ein solcher feierlicher staatspolitischer Akt, wie sie von manchen Seiten aufgesetzt wird. Die Form der Interpellation ist allerdings mehr und mehr außer Gebrauch gekommen. Ich bedauere das; ich glaube, auch die Regierung hat Ursache das zu bedauern, weil gerade diese Form der parlamentarischen Erörterung geeignet ist, einer Verständigung vorzuarbeiten. Die Sache ist auch im elsässischen Landesausschütt öffentlich verhandelt worden, obgleich dort die Gefahr einer ungünstigen Verlängerung ausländischer Verhältnisse noch viel größer war. Auch von nationalliberaler Seite ist die Frage bei der Staatsberatung wie heute von mir zur Erörterung gestellt worden, nur daß vom Abg. Petri damals der Nachteil dieser Einrichtung weit schärfer hervorgehoben wurde. Ich meine auch, daß der Verlauf dieser Debatte zeigt, daß es sich vorwiegend um die Beurtheilung politischer und wirtschaftlicher Einrichtungen handele, viel weniger um Beziehungen zum Ausland. Der Herr Reichskanzler hat sodann gemeint, die Erörterung über die Wirkung dieser Einrichtung schädige, weil man dann im Elsaß sich um so schwerer daran gemöhnen würde. Es gibt Dinge, an die man sich überhaupt nicht gewöhnen kann. Das sind Einrichtungen wie die Päppelstift, die überwunden sind, die im Widerpruch stehn mit der ganzen heutigen Verkehrsentwicklung, die so schwerfällig und unerträglich sind, daß sie sich niemals einbürgern werden, neder im Elsaß noch sonst. Ich habe an der Germanisierung des Elsaßes noch eben so großes Interesse, wie die Regierung und alle Theile des Hauses, aber ich bin der Meinung, daß diese Einrichtung nicht zur Germanisierung dient, sondern gerade der Germanisierung entgegenwirkt, ebenso wie das Socialistengesetz dagegen dienen sollte, die Socialisten zu bekämpfen, aber umgekehrt schon durch sein Bestehen eine Agitationstruppe zu Gunsten der Socialisten entwickele, wie sie eine Agitation nicht hätte hervorbringen können. Auch beim Socialistengesetz ist gesagt worden, man müsse nicht so oft über die Aufhebung sprechen, damit die Socialisten nicht neuen Mut bekommen. Nachher ist eine vollständige Wandlung in den Ansichten eingetreten; man hat die Zwecklosigkeit des Socialistengesetzes erkannt. Auch diese Polizei-Einrichtungen sind für die Zwecke der Germanisierung kein taugliches Mittel, und ich gebe deshalb die Hoffnung nicht auf, daß die Regierung wie beim Socialistengesetz auch jetzt zu entgegensetzten Ansichten kommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Ich glaube, daß die Pachtzweigel das Gegenheil von dem bewirkt und auch ferner bewirken wird, was wir erreichen wollen. (Zustimmung.) Sie greift so sehr in die materiellen und Familienverhältnisse des Landes ein, daß man immer von neuem ihre Aufhebung erwägen muß. Im Landesausschuss, der doch sonst von der Regierung sehr anerkannt wird, haben sich alle Parteien gegen die Maßregel ausgesprochen. Das sollte doch auf die Regierung Eindruck machen. Die Maßregel kann in der Art, wie sie jetzt ist, nicht fortbestehen. Wenn sie auch nicht schon morgen aufgehoben werden kann, so müssen doch die einleitenden Schritte zur Aufhebung thunlichst rasch geschehen. So lange die Aufhebung nicht erreicht ist, müssen Instructionen erlassen werden, welche eine schonendere Handhabung sichern. Die Agitatoren weist man einfach aus, aber wer seine regelmäßigen Geschäfte treibt oder sich auf seinen väterlichen Besitzungen aufzuhalten will, den soll man nicht belästigen. Maßregeln, die einmal erlassen werden, können natürlich nicht im Handumdrehen beseitigt werden, aber auf die Dauer können sie nicht bestehen bleiben, und sie müssen auch milde gehandhabt werden.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Die Maßregel war in erster Linie der militärischen Sicherheit des Reiches gewidmet und in dieser Richtung vollständig berechtigt; die Regierung hätte ihre Pflicht nicht gehabt, wenn sie sie nicht eingeführt hätte. Hoffentlich wird es möglich sein, bei der allmählichen Verhöhung der Zustände die Maßregel ganz in Vergessen zu bringen.

Abg. v. Beningen: Der Pachtzwang ist als politische Maßregel aus besonderen, zwingenden Gründen erlassen worden. Die Maßregel wird in Elsaß-Lothringen politisch als eine Beschränkung, wirtschaftlich als eine Beeinträchtigung und Belastung empfunden. Wir werden uns freuen, wenn die Maßregel wieder aufgehoben wird. Die Regierung, welche für die Ruhe und Sicherheit dieser wiedergeronnenen Grenzlande in erster Linie verantwortlich ist, zur Aufhebung zu drängen, muß aber dem Reichstage fern liegen. In dem Reichslande ist die Regierung zur Wiedervereinigung mit Frankreich noch vorhanden, aus elsässischen Kreisen wird in Frankreich die Regierung zur Wiedergewinnung der Grenzlande genötigt. Wir haben vom Reichskanzler die Zuversicht, daß er diese Maßregel nicht länger als nötig dauer lassen wird.

Abg. v. Puttkamer (cons.): Diese Maßregel sollte keinen aggressiven Charakter gegen Frankreich oder gegen Elsaß-Lothringen haben, sie war ein Mittel der Selbstverteidigung. Es ist sehr leicht, sich auf den Standpunkt der Humanität irgend einer großen Staatsmaßregel gegenüber zu stellen; aber wer die Verantwortung zu tragen hat für die Sicherheit des Reiches, der wird sich die Frage vorlegen, wieviel die Nachtheile nicht sehr viel schwerer, welche aus einer Vernachlässigung entstehen können, als die kleine Verleistung der Humanität? Die Bevölkerung Elsaß-Lothringens ist von einem so legalen Sinne, wie wenige deutsche Volksstämme. Wir haben sie schützen müssen gegen die fremden Einbringlinge. Jede Milderung der Maßregel müssen wir mit Freuden begrüßen, aber wir können den Reichskanzler nicht drängen zur gänzlichen Aufhebung derselben.

Die Diskussion wird geschlossen.

Herrenhaus.

15. Sitzung vom 10. Juni.

Der Gesetzentwurf betr. das Notariat wird nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen bis auf § 8, der dahin erweitert wird, daß der Notar bei der Beglaubigung auch vermerken muß, ob die Beglaubigung auf Grund der von ihm erfolgten Fertigung der Unterschrift oder auf Grund der Anerkennung derselben geschieht.

Das Lehrer-Kielicengesetz sowie das von Langerhans und Zelle im Abgeordnetenhaus beantragte Gesetz betreffend die Änderung einiger Bestimmungen über

die Stadtverordneten-Wahlen werden nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses genehmigt.

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom 10. Juni.

Petitionsberatungen.

Die Petition von Abgeordnetenbetreuern betreffend die Ablösung und Regelung des Abbedekreiszwanges wird auf Antrag des Abg. v. Meier-Arnswalde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Entgegen dem Vorschlag der Unterrichts-Commission, welche Übergang zur Tagesordnung empfiehlt, werden verschiedene Petitionen von Zeichenlehrern um Erhöhung des Gehalts der Zeichenlehrer an höheren Lehranstalten auf Antrag der Abg. Richter und v. Heereman (Centr.) der Regierung zur Erwürfung überwiesen.

Die Firma Krupp in Essen petitioniert um Rückzahlung von ihr gezahlter Kohlenfrachten wegen zu später Gewährung von Frachtherabsetzungen für die Kohleneinfuhr aus dem Auslande bei dem Bergarbeiterausstand von 1889.

Das Haus geht nach einer Erklärung des Geh. Rath Höfer, daß bei etwaigen späteren Ausständen, welche Mangel an Kohlen für die beteiligten Industrien zur Folge haben könnten, die Regierung ungestüm mit Frachtermäßigungen für die Einfuhr ausländischer Kohlen vorgehen werde, um zu verhindern, daß große Arbeitermassen in Rückwirkung der mangelnden einheimischen Kohlenproduktion arbeitslos würden, über die Petition zur Tagesordnung über.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

L. Berlin, 10. Juni. Die Commission für die Arbeiterschutvorlage sieht heute die Beratung über § 106 fort, wonach Gewerbetreibende, welchen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, mit der Anleitung von Arbeitern unter 18 Jahren sich nicht befassen dürfen, so lange ihnen diese Rechte entzogen bleiben. Abg. Bebel beantragt, den in Rede stehenden Gewerbetreibenden die Ausbildung von Lehrlingen und die Beschäftigung von Arbeitern unter 16 Jahren zu verbieten. Die Commission beschloß mit 19 gegen 3 Stimmen, die bisherige Fassung des § 106 beizfassen zu lassen. Zu § 107, in welchem das Arbeitsbuch entsprechend der bisherigen Bestimmung für Minderjährige obligatorisch gemacht ist, beantragt Abg. Wöllmer statt Minderjährige zu sehen: Personen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Nach der Regierungsvorlage soll § 107 folgenden Zusatz erhalten: „Die Aushändigung (des Arbeitsbuchs) erfolgt, wenn der Arbeiter das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, an den Vater oder Vormund, andernfalls an den Arbeiter selbst, sofern nicht der Vater oder Vormund ausdrücklich verlangt hat, daß das Arbeitsbuch an ihn ausgehändigt werde. Mit Genehmigung der Gemeindebehörde kann die Aushändigung des Arbeitsbuchs an die Mutter oder an einen sonstigen Angehörigen oder unmittelbar an den Arbeiter erfolgen.“ Abg. Hähnle ist der Ansicht, daß an Arbeitsort die Verhältnisse des Arbeiters leichter zu übersehen seien, als am Wohnort der möglicherweise weit entfernt wohnenden Mutter. Auf alle Fälle müsse der Ort genau bestimmt werden. Er spricht den Arbeitsbüchern jede Bedeutung ab. Dieselben hätten für den Arbeitgeber keinen Nutzen, belästigten ihn aber und den Arbeiter in hohem Grade. Keinesfalls sollte ein Arbeitsbuch für Arbeiter über 18 Jahre gefordert werden. Bebel und Gen. beantragen den Verbot der Ausstellung von Arbeitsbüchern oder Arbeitszetteln. Abg. Grillenberger befürwortet den Antrag Bebel. Er würde dem Arbeiterschutze gefährlich zumutzen, wenn die schreitenden Missbräuche beseitigt würden. Da der Redner sich u. a. auch des Wortes „Brutalität“ bedient, wird er vom Vorsthengen ersucht, sich solcher Ausdrücken zu enthalten. Die Abg. Hähnle und Stöbel (Centrum) sprechen sich für die Beibehaltung der Arbeitsbücher zum Schutze der elterlichen Autorität aus. Bei der Abstimmung wird die Ablehnung sämtlicher Anträge und die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage beschlossen. Die §§ 108—111 werden ohne Diskussion angenommen. In § 112 wird dem Arbeiter das Recht eingeräumt, die Ausstellung eines neuen Arbeitsbuchs auf Kosten des Arbeitgebers zu beanspruchen, wenn von dem Arbeitgeber unzulässige Eintragungen oder Vermerke in oder an dem Arbeitsbuch gemacht sind. Um dem Missbrauch geheimer Zeichen in den Arbeitsbüchern entgegenzuwirken, wird beschlossen, anstatt unzulässiger Eintragungen oder Vermerke zu sehen: Unzulässige Eintragungen, Vermerke oder Merkmale. Daraus wird die Beratung veragt.

* [Prinz Heinrich.] In Marine-Offizierskreisen soll man, wie die „N. N.“ aus Aiel erfahren haben, viel davon sprechen, daß Kaiser Wilhelm die Absicht habe, seinen Bruder, den Prinzen Heinrich von Preußen, für einige Zeit aus dem aktiven Marinedienst zurückzuberufen und ihn an seiner Seite zu belassen. Die große Bürde der Repräsentationspflichten, die jetzt von dem Monarchen allein getragen wird und die dem unablässigen für das Wohl seines Landes thätigen Herrscher viel Zeit entzieht, soll — wenigstens für die kommende Winteraison — zum Theil von dem Prinzen Heinrich übernommen werden.

* [Ein englisches Geschwader] unter Commodore Povlett, bestehend aus 3 Panzerschiffen mit je 12 Geschützen und der „Calypso“ mit 16 Geschützen, wird am 20. d. M. in Christiania einreffen und entweder dort oder bei Helsingör Kaiser Wilhelm und die deutsche Flotte begrüßen.

* [Nationaldenkmal.] Dem Reichstage ist die Vorlage betreffend die Errichtung des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. auf dem Plateau an der Schloßfreiheit zugegangen.

* [Der Berliner Magistrat] hat dem Baufonds der katholischen St. Sebastiankirche einen Beitrag von 40 000 Mk. vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung bewilligt, wofür ihm von dem Kirchen-Vorstande von St. Sebastian bereits die wärmste Dank ausgedrückt worden ist. Die Feststellung der Bauflüchten auf dem Gartenplatz wird demnächst erfolgen.

* [Die Offiziere auf der Nennbahn.] Es war, wie bekannt, nichts Seltenes, daß an einzelnen Renntagen manche Offiziere dreimal in den Sattel stiegen; natürlich waren es nicht ihre eigenen Pferde, welche dieselben ritten, sondern die verschiedener Rennstallbesitzer. Der Kaiser hat nunmehr den Wunsch ausgesprochen, daß die Offiziere nur ihre eigenen Pferde oder höchstens die von Kameraden reiten möchten.

* [Zum Kapitel der Dienstverkürzung bei der Infanterie] bringt die soeben erschienene Geschichte des 32. Infanterie-Regiments einen höchst bemerkenswerthen Beitrag. Nachdem dort von den außerordentlichen Aufgaben die Rede war, welche die 32er vom Anfang des Feldzuges 1870/71 an bis in den Dezember 1870 zu bewältigen hatten, und die großen Abgänge vorgetragen sind, welche Schlachten und Anstrengungen für das Regiment zur Folge hatten, heißt es Seite 176 wörtlich:

„Was anfelderstarken Mannschaften beim Regiment noch übrig war, bildete aber auch eine Kavallerie, welche mit unermüdlicher Ausdauer und bewunderungswürdiger Fähigkeit bis zum Ende des Feldzuges aushiel. Und zwar waren dies fast ausschließlich hessische Leute, die meist nur sechs Wochen vorher gedient hatten und nur mangelhaft ausgebildet waren.“

Wenn ein solches Urtheil über Mannschaften mit sechsmöglichster Dienstzeit gefällt wird, dann sollten zwei Jahre nicht genügen! Es sei übrigens daran erinnert, daß gerade dieses Regiment wunderbar vom Schicksal infolfern bedingt war, als es dreimal in die Lage kam, die Massenangriffe der französischen Cavallerie, bei Marsbrunn (Wörth) einmal und bei Sedan zweimal, auszuhalten und abzuweisen, ja die feindlichen Massen zu vernichten; und zu solchen Aufgaben gehörte doch wahrlich Schießsicherheit, Ruhe und Disciplin!

* [Anarchistische Umtriebe.] Wie rheinische Blätter melden, haben dieser Tage in Aachen Haussuchungen bei verschiedenen anarchistischen Umtrieben verdächtigen Personen stattgefunden. Hierbei sind nicht allein Massen anarchistischer Schriften und Flugblätter, sondern auch sonstiges wichtiges Beweismaterial zu Tage gefordert worden. Das Ergebnis der Haussuchungen hatte mehrere Verhaftungen zur Folge. Bekanntlich kommen die meisten anarchistischen Schriften aus London und werden über die belgische Grenze nach Deutschland eingeschmuggelt.

* [Herabsetzung der Eisenpreise.] Der rheinisch-westfälische Kohleisenverband ermäßigte die Preise um 4—8 Mk. per Tonne, und zwar für Giebereileisen Nr. 1 von 82 auf 78 Mk. für do. Nr. 3 von 65 auf 60 Mk., für Hämatitrohisen von 82 auf 78 Mk., für Thomaseisen von 68 auf 60 Mk., für Qualitätseisen Nr. 1 von 78 auf 72 Mk., Nr. 2 von 76½ auf 70½ Mk., für Puddelleisen Nr. 3 von 67 auf 60 Mk., und für Bessemerreisen von 82 auf 78 Mk.

Potsdam, 10. Juni. Die Kaiserin war wegen Unmöglichkeit verhindert der heutigen Parade beizuwohnen. Der „Ar.-Trig.“ wußte lediglich die Kaiserin am Nesselsieber.

Potsdam, 10. Juni. Von der Friedenskirche fuhr der Kronprinz von Italien nach dem Neuen Palais zum Besuch bei der Kaiserin und bei dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich. Sodann fuhr der Kronprinz nach Potsdam zurück, wofür derselbe noch weitere Besuche abstattete. Hierauf begab sich der Kronprinz nach Babelsberg, verblieb dagegen den Wagen und fuhr später über Osterholz durch den Neuen Garten nach dem Schloss zurück.

Posen, 10. Juni. Zu der Angelegenheit des beworbenen Verkaufs der Altküller-Dörkow und Glomikowo an die Ansiedlungs-Commission bemerkte der „Drendownik“, daß die Notwendigkeit den bisherigen Besitzer dieser Güter, den Reichstagsabg. Freiherrn v. Graeve, zu deren Verkauf zwinge. Nach dem Verkauf werde Freiherr v. Graeve sein Mandat als Reichstagsabgeordneter wohl niederlegen. Indem der „Drendownik“ im weiteren sein Bedauern über den Vermögensverfall des Freiherrn v. Graeve auspricht, hebt er hervor, daß dieser junge, gebildete und ideale Mann allen Bedingungen entsprochen habe, um eine hervorragende Stellung einzunehmen zu können. Er sei darum zum Reichstag abgeordneten gewählt worden und habe für öffentliche Angelegenheiten kein Geldopfer gescheut. Die Politik habe seinen wirtschaftlichen Ruin herbeigeführt. Lange hindurch habe er die Kosten für die Unterhaltung des polnischen Rechtsschuhvereins, in Höhe von 2400 Mk. jährlich, allein getragen, während die politischen Schreiber keinen Pfennig dazu beigesteuert, es vielmehr ganz in der Ordnung gefunden hätten, daß einer alles bezahle. Niemand habe den jungen, damals in öffentlichen Angelegenheiten noch unerfahrenen Mann davor gewarnt, daß er sich durch den Rechtsschuhverein ruinieren werde. So gingen bei den Polen junge, einer besseren Zukunft würdige Männer durch die Politik zu Grunde. Der „Djennik“ und der „Aurier“ hätten es verstanden, die ideale Veranlagung des Freiherrn v. Graeve für die öffentlichen Angelegenheiten auszunützen und hätten ihn bewährhaft. Gobald aber Dörkow mit Glomikowo verkauft sein wird, werde man auch ihn, wie viele andere, in Vergessenheit sinken lassen.

Köln, 9. Juni. Die hier versammelten rheinischen Handelskammern verlangen die Einführung fünftägiger Sonntagsarbeit für die Handelsgehilfen als Einleitung für die Herbeiführung einer vollständigen Sonntagsruhe. Ein Antrag der Handelskammer Köln, die Polizei solle die Befugnis erhalten, beim Contractbruch der Arbeitnehmer unmittelbar einzutreten, wird abgelehnt.

Stuttgart, 10. Juni. Eine gestern zur Ausgabe gelangte Broschüre „Actengemäße Geschichte einer Offizierspensionierung“ von Hauptmann j. D. Edmund Miller erregt (dem „Berl. Tagebl.“) zu folge großes Aufsehen. Sie sucht darzulegen, daß die vielfach laut geworbenen Klagen über ungerechtfertigte Verabschiedungen, über Zurücksetzung des württembergischen Elements gegenüber dem preußischen, über Fraktionen zwischen württembergischen Offizieren und preußischen Commandeuren, sowie über die gegen König Karl und die Dynastie gerichteten Stürmungen wahr und gerechtfertigt seien. Millers Mittheilungen suchen zahlreiche Offiziere bloßzustellen, darunter auch den commandirenden General v. Alvensleben und den württembergischen Kriegsminister Steinthal.

Oesterreich-Ungarn.

Meran, 6. Juni. Dr. Herzog Karl Theodor in Tirol ist mit seiner Familie am 6. d. früh von Meran abgereist. Am Vorabend machten der Kurvorsteher, der Bürgermeister von Meran sowie die beiden Gemeindevorsteher von Ober- und Untermäis ihre Aufwartung, um dem hohen Herrn für sein segensreiches Wirken den Dank auszudrücken. Die Abordnung wurde vom Bezirkshauptmann geführt. Der hohe Arist führte während seiner Anwesenheit 253 Operationen, darunter 67 Star-Operationen, aus. Die Zahl der Patienten, welche ärztlich untersucht wurden, übersteigt tausend.

Troppau, 10. Juni. In Böhmen waren gestern Abend Arbeitermassen durch die Stadt, schlugen bei den Arbeitgebern die Fenster ein und versuchten in die Häuser einzudringen und einen Verhafteten zu befreien, was die Gendarmerie verhinderte. Es sind Militärabteilungen dorthin abgegangen; die Nacht und der Vormittag sind ruhig verlaufen. (W. L.)

Frankreich.

Paris, 10. Juni. Bei dem deutschen Botschafter Grafen Münster fand gestern Abend ein glänzender Empfang statt, bei welchem die Minister, die diplomatischen Vertreter, zahlreiche höhere Militärpersönlichkeiten und andere hervorragende Persönlichkeiten, sowie die deutschen Delegirten des augenzüglich hier versammelten Telegraphencongresses erschienen. — Wie verschiedene Blätter melden, ist der Escadronchef Meunier an Stelle Hues zum 1. Militärratsschreiber bei der Botschaft in Berlin ernannt worden. (W. L.)

St. Etienne, 10. Juni. Von 15 000 Bergleuten haben sich bis heute nur 5000 dem Streik angeschlossen. (W. L.)

Lyon, 10. Juni. Um dem seit gestern währenden Ausstande der Gasarbeiter zu begegnen, sind heute Arbeiter von auswärts berufen worden. Einzelne werden durch die Stadtwaache und Soldaten geleistet.

England.

London, 9. Juni. Am Sonnabend wurden in Cambridge die Namen der Studenten verkündigt, welche das mathematische Examen an dorisiger Universität mit Auszeichnung bestanden haben. An der Spitze steht eine junge Dame, Fräulein Philippa Fawcett, die 22jährige Tochter des verstorbenen ehemaligen Generalpostmeisters, Professor Fawcett. Sie übertrug sogar den „Senior Wrangler“. Die preisgekrönte Mathematikerin ist eine Schülerin des Frauenseminars in Newham.

war der Damenfächer in 3 Farben, die rothe und grüne Sonne in drehendem Brillantfeuer und das Schluß Tableau (Glaube, Liebe, Hoffnung). Ein Kinderzug in aldeutscher Tracht mit Herolden an der Spitze — ebenfalls viel Freude.

* * * [Alicher Verlierer.] In einem Schreiben aus Bromberg werden wir um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: „In der vorigen Woche besuchte eine Schülergesellschaft aus Bromberg Danzig und Umgegend. Auf der Westerplatte verlor einer der Schüler seine Geldtasche mit Inhalt. Nicht weniger erstaunt als erfreut war derselbe, als ihm wenige Stunden später aus dem Zimbureau des Bahnhofes am Legenthor sein Eigentum übergeben wurde. Dem unbekannten, liebenswürdigen Finder wird hierdurch der herzlichste Dank ausgesprochen.“

[Polizeibericht vom 11. Juni.] Verhaftet: Ein Arbeiter wegen Diebstahls, 1 Heizer wegen thätilichen Angriffs, 5 Obdachlose, 2 Bettler. — Gestohlen: 1 Cigarratasche, 1 Pfandschein, 1 Diamantring, 1 Paar Frauenschuhe, 1 silberne Ankeruhr Nr. 27966, 1 Frauenkleid, 1 Rock, 1 hellblaues Kleid, 1 Oberbett, 1 Unterbett, 2 Kopfkissen, 1 Laubfach. — Gefunden: 1 Rolle Futter, 1 Kravatte, 1 Dienstbuch, 1 Paar Kinderstrümpfe, 1 Schlüssel, 1 Tüllspitze und Band, abzuholen vor der Polizei-Direction hier selbst; 1 grüner Papagei, abzuholen vom Arbeiter Felix Jmai, Altweinberg 481b.

** * aus dem Danziger Werder, 10. Juni. Am Sonnabend besichtigte Herr Deichhauptmann Mannow auf der Tour nach Danzig die Arbeiten an der Radauanregulierung unweit Krampnitz. Plötzlich scheuten die muthigen Pferde und stürzten in den daneben mehrere Meter tief gelegenen Wassergraben. Die Wagendeichsel brach und sämtliche Insassen fielen ins Wasser. Herr W., dessen Sohn und der Aufsichter sind mit dem Schreck aus dem unfreiwilligen Bade davongekommen. Die Tochter des Herrn W. hat leider einige Verlebungen erlitten. — Mittwoch, den 25. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, findet in der Kirche zu Tritenau ein Missionsfest statt. Herr Director Wangelmann aus Berlin wird die Feierpredigt halten. — Der diesseitige Bienenzuchtverein hält seine letzte Sitzung in Jugdamm bei Herrn Koppitke ab. Es wurden vom Schriftsteller Bestellungen auf bienenwirthschaftliche Geräthe entgegengenommen, da laut Beschluss die Ver einskasse sämtliche Transportkosten zu tragen hat. Dem von dem Instructor gehaltenen Vortrag über natürliche und künftige Vermehrung folgte die Versammlung mit Interesse. Zum Schluß besichtigte die Versammlung den Bienestand bei Herrn Domke.

** Berent, 10. Juni. Gestern erreichte die General-Archen- und Schulvisitation in der Diöceste Pr. Star-gard-Berent hier ihr Ende. Nach dem feierlichen Schlussgottesdienste, an dem die Geistlichen und Lehrer der Diöceste Theil nahmen, hielt Herr Generalsuperintendent Taube eine Conferenz mit den Lehrern ab. Darauf folgte eine Conferenz mit den Geistlichen. Beiden Conferenzen wohnte Herr Regierungspräsident v. Keppe bei. Nachmittags fand ein Festessen statt, an dem die Mitglieder der Commission, die übrigen Geistlichen und Herren aus der Stadt, zusammen 34 Personen, Theil nahmen. Mit dem Nachmittagszuge verließen die Gäste wieder unsere Stadt. — Der heutige Karneval fiel in Folge des schlechten Wetters für die zahlreich erschienenen Verkäufer schlecht aus. Auf dem Kindervemarkt entwickelte sich dagegen ein flottes Geschäft. Es waren zahlreiche Händler erschienen, welche gute Preise zahnten, so daß bessere Ware bald geräumt war. Aufgetrieben waren circa 300 Stück Kindviele und ca. 200 Pferde.

s. Blatow, 10. Juni. Die Vorbereitungen zur Ent- hüllung des Kaiserdenkmals, welche am 15. d. M. hierorts stattfindet, sind im vollen Gange und es verspricht die Theilnahme an der Feier auch von Auswärtigen eine recht große zu werden. — Das gestern und vorgestern hier abgehaltene Schützenfest war nicht gerade vom Wetter begünstigt. Die Würde eines Schützenkönigs errang diesmal der Bäckermeister Kühler, erster Ritter wurde Bürgermeister Löhre, zweiter Ritter Jahnthiner Röhner.

Graudenz, 10. Juni. Der Wiedergang des Herrn Stadtrath Bohm ist durch den Regierungspräsidenten die Bestätigung versagt worden. Wie der „Ges.“ hört, wird aus der Stadtverordneten-Versammlung der Antrag auf Recurs bei dem Minister des Innern gestellt werden.

s. Konitz, 10. Juni. Am 8. Juni hatte die hiesige altkatholische Gemeinde die Freude, den Herrn Bischof Dr. Neinkens in ihrer Mitte zu sehen. Nach einem feierlichen Sonntagsgottesdienst und einer durch ihre Einfachheit und Tiefe alle Herzen ergreifenden Predigt des Herrn Bischofs, welche sich an das Tages-Evangelium vom Gastmahl anschloß, erhielte der Herr Bischof das Sacrament der Firmung an drei Firmlingen. Das von allem Prunk ferne, einfache und bescheidene Wesen dieses hohen Geistlichen hat hier wie überall einen wohltuenden Einindruck gemacht. An der kirchlichen Feier, welche in der durch die Liebe der evangelischen Schwestergemeinde, wie seit nunmehr 16 Jahren gewährte Hospitalkirche stattfand, nahm außer den Angehörigen der altkatholischen Gemeinde eine große Zahl von Evangelischen und auch von sog. Neukatholiken Theil.

Königsberg, 10. Juni. Eine gestern Abend hier abgehaltene, von ca. 50 Personen besuchte öffentliche Schuhmachersversammlung wurde nach kurzer Dauer auf Grund des Socialistengelethes aufgelöst.

Vermischte Nachrichten.

* * * [Fräulein Pauline Levy Roman.] Man schreibt der „Frank.“, 3tg., aus Spbne vom 2. Mai: Nachstehender tragischer Vorfall, dem in gewissem Sinne allerdings auch die komische Seite nicht mangelt, hat die Gemüther der guten Melbourner augenblicklich in gewaltige Aufregung versetzt. Am 22. April wurde nämlich im dortigen Hafen nahe bei der Vorstadt St. Silvia die Leiche eines jungen Mädchens aufgefunden. Der Coroner hielt in der Folge die vorgeschriebene Untersuchung ab, die biederer Gesähworenen gaben ihren Wahrspruch ab, „found drowned, stricken, aufgefunden“, und da sie sich keine Menschenseele melbete, um die Leiche zu reclamieren, wurde der Leichnam am nächsten Tage zur Erde bestattet. Eine Woche war vergangen, da stellte sich eines Tages ein Herr auf der Morgue ein und verlangte den Auffüstsbeamten zu sprechen. Dieser erschien denn auch, worauf der Herr sich ihm als ein Deutscher namens Louis Lichtenmann vorstellte und die bei der erwähnten Frauensperson vorgefundene Schmuckgegenstände zu sehen wünschte. Raum hatte er aber einen Blick auf die Gegenstände gemorfen, als er dem Beamten unter Thränen mitteilte, er kenne sie nur zu gut, hätten sie doch seiner Braut, Pauline Levy, gehörte, die erst vor wenigen Wochen mit dem englischen Postdampfer „Iberia“ in Melbourne eingetroffen, aber seit dem 29. März, an welchem Tage die Hochzeit stattfunden sollte, spurlos verschwunden sei. Lichtenmann holte denn auch noch eine Frau Bresler herbei, bei welcher Pauline Levy gewohnt hatte. Die gute Frau erklärte anfänglich auch sehr bestimmt, die vorgelegten Gegenstände als das Eigentum der verschwundenen wiederherzurufen, dann aber kamen ihr Bedenken. Jedenfalls hatte Pauline Levy ihres Willens kein solches Kleid befreit wie dasjenige, mit dem die Leiche bekleidet gefunden worden war. Kurz und gut, Frau Bresler meinte schließlich, die Leiche wäre wohl am Ende garnicht die vermisste Pauline. Nunmehr wurde die Geheimpolizei in Bewegung gesetzt, der es auch gelang, eine Anzahl Passagiere der „Iberia“ ausfindig zu machen. Man erfuhr dieselben nach der Morgue zu kommen, was auch geschah. Hier aber erklärten sie einstimmig, Kleider und Schmuckstücke des ertrunkenen Mädchens seien zwar denen, welche Pauline Levy zu tragen pflegte, ähnlich, sie aber als Eigentum der Vermissten zu identifizieren, das vermochten sie denn doch nicht. So vergingen wieder mehrere Tage, während deren allerdings die Polizei nicht ganz müßig geblieben zu sein scheint. Denn

gestern Abend ist bei der Melbourner Polizeidirection die überraschende Nachricht eingelaufen, daß Fräulein Levy sich im besten Wohlfelde in Melburne aufhalte mit ihrem Gatten. Die junge Dame hatte auf der „Iberia“ die Bekanntheit eines jungen englischen Herrn Namens Reid gemacht und war am 29. März anstatt mit Herrn Louis Lichtenmann, mit jenem vor dem Standesbeamten erschienen. Allerdings ist die junge Frau noch nicht volljährig, so daß auf einen Strafantrag der Verwandten hin eventl. behördlich gegen das Ehepaar eingefahren werden müßte. Ob aber dieser Schritt dem armen Lichtenmann, der für die Ungetreue obendrein die Uebertreibung bezahlt haben soll, viel helfen wird, das ist eine andere Frage.

Wien, 9. Juni. [Gechs Menschen vom Blitz ge tödtet.] Aus dem Bade Bißtan wird der „A. F.“ berichtet: Bei einem heftigen Gewitter, das sich am vorigen Freitag in der hiesigen Gegend entlud, suchten etwa zwanzig Personen des nahen Dorfes Luka unter einem großen Baume Schutz gegen den Regen. Der Blitz schlug aber in den Baum ein und tödte sechs Personen, während zwei Verletzungen davontrugen. Sonntag Nachmittags fand in Luka das Begräbnis der Verunglückten statt.

Schiffsnachrichten.

Rostock, 9. Juni. Laut Telegramm ist das unweit Lennin gefrandete hiesige Briggsschiff „Adolph Michels“ zertrümmt.

Lissabon, 6. Juni. Die Mannschaft des nach Collision mit dem französischen Dampfer „Mokta“ gesunkenen englischen Dampfers „Essex“ ist gerettet. Der Zusammenstoß erfolgte gestern Morgen während dichten Nebels unweit Vigo. Der Dampfer „Essex“ sank innerhalb 12 Minuten. Die „Mokta“ lief schwer beschädigt in Lissabon ein.

Marseille, 10. Juni. (Tel.) An Bord des Packetbootes „Taurus“, welches heute Abend nach dem Senegal abgehen sollte, ist Morgens ein Brand ausgebrochen. Derselbe wurde glücklicher Weise rasch gelöscht und dadurch schweres Unglück verhütet. Gestern waren auf dem „Taurus“ 53 000 Kilo Pulver und eine große Quantität gefüllter Geschosse eingelagert worden.

Newyork, 10. Juni. Der Hamburger Postdampfer „Colonia“ ist von Hamburg kommend, gestern in St. Thomas eingetroffen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Moskau, 11. Juni. (W. L.) Hiesige Zeitungen berichten über große Brandaufstände mit zahlreichen Verlusten an Menschenleben in dem uralischen Montan-Industriegebiete. Die Hüttenwerke Ufaleisk und Newjansk und damit ca. tausend Wohnhäuser, vier Schulgebäude, drei Kirchen, drei Hospitäler, Magazine und andere Gebäude sind niedergebrannt. Vierzig Menschen sind in den Flammen umgekommen und 18 000 Personen obdachlos.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. Juni. Cts.v.10. Weizen, gelb 199,50 200,50 4% ruff. A.80 97,00 97,20 72,10 72,10 2 Orient.-A. 180,00 181,50 Lombarden 150,20 151,00 Cred.-Action 146,20 147,50 Disc.-Com. 23,30 23,30 Delft. Roten 66,20 65,50 Marisch. kurz 54,70 54,20 London kurz 34,00 34,50 SW.-B. g. A. 107,50 107,40 Dam. Priv. 100,70 100,70 Bank 100,50 106,50 D. Delmühle 100,80 100,80 D. Prior 98,50 98,60 Ostfr. Gübb. 98,50 98,60 3% Ital.-g. Pr. 58,40 58,50 Stamm.-A. 98,90 99,00 Dan.-G. A. 89,90 90,00 Irch. 5% A. A. Fondsbörse: ruhig.

Hamburg, 10. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 185—192. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180, ruff. ruhig, 100—106. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Mühl (unverzweigt) ruhig, loco 69. — Spiritus still, per Juli—Juli 22 Br., per Aug.—Septbr. 23 Br., per Aug.—Septbr. 23 Br., per Septbr.—Oktbr. 23 Br., per Kaffee fest. Umfah 3000 Gach. — Petroleum sehr ruhig. Standard white loco 6,85 Br., per Aug.—Deibr. 720 Br. — Weiter: Schön.

Hamburg, 10. Juni. Kaffee. Good average Santos per Juni 88%, per September 88, per Dezember 81%, per März 1891 79%. Behauptet.

Hamburg, 10. Juni. Zuckermarkt. Rübenrohzucker 1. Produkt, Batte 88% Rendement, neue Ukraine, f. a. B. Hamburg per Juni 12,32%, per August 12,45, per Oktbr. 11,97%, per Dezember 11,95. Ruhig.

Havre, 10. Juni. Kaffee. Good average Santos per September 103,75, per Dezember 102,00, per März 1891 99,50. Zelt.

Bremen, 10. Juni. Petroleum (Schlußbericht).

Besser, Standard white loco 6,75 Br.

Frankfurt a. M., 10. Juni. Effecten-Societät. (Schlußbericht)

Credit-Aktion 266, Franzosen 179%, Lombarden 122%, Galizien 171%, Aegepter 90,20, 4% ungar. Goldrente 90, Gotthardbahn 169,70, Disconto-Commandit 224,10, Dresdener Bank 156,60, Ottomanbank 121,20, Rubis.

Wien, 10. Juni. (Schluß-Course.) Deister, Papierrente 89,05, do. 5% do. 101,40, do. Gilberrente 90,35, 4% Goldrente 109,50, do. ung. Goldrente 103,85—5% Papierrente 99,75, 1860er Loose 140,00, Anglo-Auff. 155,50, Länderbank 235,70, Creditbank 15, Unionbank 248,75, ungar. Creditbank 343,50, Wiener Bankverein 121,75, Böhm. Westbahns 341, Böhm. Nordb. 213,00, Böhm. Eisenbahn 460, Dux Bodenbacher Elbebahnbahn 231,75, Nordbahn 2770,00, Franzosen 228,50, Galizien 198,00, Lemberg-Ciern. 232,50, Lombarden 141,25, Nordwestbahn 213,00, Barbudibahn 175, Alp.-Mont.-Act. 101,40, Tabakactien 124,50, Amsterdamer Medsel 97,00, Deutsche Böle 57,45, Londoner Medsel 116,95, Bariser Medsel 48,42%, Raptoles 9,32%, Marknotes 57,45, Russ. Banknoten 1,34%, Gilbertcoupons 100,00, Bulgarische Aktie 109,00.

Amsterdam, 10. Juni. Getreidemarkt. Weizen per Rovbr. 197, Roggen per Okt. 117—118—119—118, per März 120—119—120—121.

Antwerpen, 10. Juni. Getreidemarkt. Weizen fest, Roggen ruhig, Hafer behauptet. Gerste unverändert.

Antwerpen, 10. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinurtes, Ing. weiß loco 171/4 bez. und Br., per Juni 171/4 Br., per Aug. 173/4 Br., per Sept.-Dezemb. 175/4 Br., fest.

Paris, 10. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Juni 25,40, per Juli 25,00, per Juli-Aug. 24,60, per Septbr.—Deibr. 23,70, — Roggen ruhig, per Juni 17,00, per Septbr.—Deibr. 15,00. — Mehl beh., per Juni 54,50, per Juli 54,60, per Juli-August 54,60, per Septbr.—Deibr. 53,20. — Mühl fest, per Juni 69,25, per Juli 68,25, per Juli-August 68,00, per Septbr.—Deibr. 66,75. — Spiritus ruhig, per Juni 36,75, per Juli 37,60, per Juli—August 37,25, per Septbr.—Deibr. 37,50. — Weiter: Bedeut.

Paris, 10. Juni. (Schlußbericht.) 3% amort. Rente 95,00, 3% Rente 92,45, 41/2% Ant. 106,65—5% Säulenrente 97,15, öster. Goldrente 94%, 4% ung. Russen 91%, 4% Russen 1890 97,00, 4% Russen 1889 97,90, 4% ungar. Aegepter 453,31, 4% span. äußere Aktie 77/4, convert. Türk. 19,65, türk. Loos 85,10, 4% priv. fürch. Obligationen 550, Franzosen 500, Lombarden 308,75, Lomb. Prioritäten 336,25, Banque ottomane 616,25, Banque de Paris 848,75, Banque d'Escompte 526,25, Crédit foncier 1231,75, do. mobilier 465,00, Meridional-Act. 732,50, Panamakanal-Act. 37,50,

do. 5% Oblig. 33,75, Rio Tinto-Actien 573,50, Guécanal-Action 237,50, Gas Parisis 1400,00, Crédit Lyonnais 572,50, Gas pour le Gr. et l'Etrang. 565,00, Transatlantique 645,00, B. de France 4250, Bille de Paris de 1871 410, Tabacs Ottom. 282,50, 2% Com. Anal. — Wechsel auf deutsche Plätze 122 1/2, Londoner Wechsel kurz 25,18%, Cheques a. London 25,20, Wechsel Wien kurz 213,00, do. Amsterd. kam 206,68, do. Madrid kurz 179,00, do. Compt. d'Escompte neue 625,00, Robinon-Act. 73,10.

London, 10. Juni. An der Küste 13 Weizenladungen angeboten

London, 10. Juni. Engl. 23 1/2% Confols 97 1/2, 4% Confols 106, Ital. 5% Rente 96 1/2, Lombarden 123 1/2, 4% conf. Russen von 1889 (Il. Gerte) 99 1/2%, com. Türkei 191, öster. Silberrente 78 1/2, öster. Goldrente 95, 4% ungar. Goldrente 90 1/2, 4% Spanier 77 1/2, 4% privil. Aegepter 104, 4% ungar. Aegepter 98 1/2, 3% garantir Aegepter 101 1/2, 4 1/2% agnpt. Libanon 99 1/2, 6% conf. Mexikaner 99 1/2, Ottomanbank 145%, Guécanal 94 1/2, Canada-Pacific 85, do. Beers-Aktionen neu 173, Rio Tinto 23 1/2, Rubinen-Aktion 1 1/2% Agio, Blaibron 21 1/2, Wedelnotirungen: Deutsche Plätze 20,60, Wien 11,81, Paris 23,39, Petersburg 27 1/2.

Glasgow, 10. Juni. Weizen, (Schluß). Mixed numbers warrants 44 sh. 6 1/2 d.

Petersburg, 10. Juni. Wechsel a. London 86,50, do. Berlin 42,35, do. Amsterd. 71,65, do. Paris 34,35, 1/2-Imperial 94,90, russ. Präm. Anleihe von 1864 (geft. 231 1/2), do. 1866 213 1/2, russ. 2. Orientanleihe 99 1/2, do. 3. Orientanleihe 100, do. 4% innere Anleihe 87, do. 4 1/2% Bodencredit Handelsbank 137, Große russ. Eisenbahnen 221, russ. Südbahn 110, Petersburger Discontobank 614, Petersburger Privat-Handelssbank 295, russ. Bank für auswärt. Handel 268 1/2, Warthauer Discontobank 480, Petersburger Privat-Handelssbank 295, russ. — Garben, 10. Juni. Weizen loco 108—114 M., per Juni 108,25 M., per Juli—August 108,25 M., per Septbr.—Oktober 112,25—112,50 M., per Oktbr.—November 113,50 M., per Garste loco 125—205 M., — Kartoffelmehl loco 15,75 M., — Trockene Kartoffelstärke loco 155 bis 165 M., Roche-mare 188—210 M., Weizenmehl Nr. 00 25,75 bis 24,25 M., Nr. 0 23,00—20,00 M., — Roggenmehl Nr. 0 22,75—21,75 M., Nr. 0 und 1 21,00—20,00 M., — Marken 23,

Berliner Fondsbörse vom 10. Juni.

Die Grundtendenz unserer heutigen Börse war wiederum eine feste, wenn auch hier und da für einzelne Effekte eine kleine Abschwächung in den Notierungen zu verzeichnen war, weil die von den auswärtigen Blättern vorliegender, meist farblos laufenden Meldungen nicht dazu angehören waren, der Spekulation die Anregung zu lebhafterer Thätigkeit nach der einen oder der anderen Richtung hin zu geben. Nur dem Umstände, daß die Nachrichten vom Glasgower Rohstoffmarkt und aus den rheinisch-westfälischen Montanstrichen günstiger als zuvor waren, das das Angebot sich fast einer gleichen Reserve befestigte, wie die Kauflust, und dadurch die Kursteile sich mehr gut zu behaupten vermochten. Auch im weiteren Laufe des Verkehrs mache sich in der all-

gemeinen Geschäftslage keine wesentliche Aenderung bemerkbar. Banknoten wurden selbst in ihren speculativen Kreisen nur in möglichem Umfang gehandelt und unterlagen nur unbedeutendem Handel. Fremde Fonds hatten sich zum Theil ausgehender Nachfrage und besserer Stimmung zu erfreuen. Schwach lagen Franzosen, Lombarden, Montanwerthe theilweise lebhafter begehr. Andere Industriepapiere eher fester und beliebt. Fremde Fonds nach schwachen Beginn fester und reger. Preußische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe, Eisenbahn-Obligationen ic. ruhig. Begrifflich bestand ein Discont von 3/4 %. — Schluß fest.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107,40
do.	3 1/2	107,40
Konsolidirte Anleihe	4	108,50
do.	3 1/2	109,80
Große Schuldscheine	3 1/2	99,90
Ostpreuß. Provinz-Pföldner	4	98,00
Westpr. Pfandbriefe	3 1/2	98,80
Pommersche Pfandbr.	3 1/2	99,70
do.	4	100,20
Posensche neue Pfandbr.	4	102,00
do.	3 1/2	98,40
Westpreuß. Pfandbriefe	3 1/2	98,60
Pomm. Rentenbriefe	4	103,00
Posenl. do.	4	103,10
Preußische do.	4	—

Russ. Poln. Schah.-Obd.	5	95,40
Poln. Liquidat. Pföldner	4	65,10
Italienische Rente	5	95,90
Rumänische Anleihe	6	102,90
do. fundierte Anl.	5	101,50
do. amort. do.	5	99,00
Türk. Anleihe	4	86,25
do. 4% Rente	4	91,50
do. 5%	5	87,40
do. neue Rente	5	87,80

Hypotheken-Pfandbriefe.

Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	100,75
do. do. do.	3 1/2	95,50
Dith. Gründch.-Pföldner	4	101,60
Hamb. Hypoth.-Pföldner	4	101,75
Meiningen Hyp.-Pföldner	4	101,50
Nordb. Grd.-Obd.	4	101,50
Pomm. Hypoth.-Pföldner	4	—
neue gar.	4	100,00
do. do.	4	94,10
Pr. Bob.-Cred.-Act.-Obd.	4 1/2	114,75
Pr. Central-Bob.-Cr. B.	4	101,60
do. do. do.	3 1/2	98,60
Pr. Hypoth.-Actien-Obd.	4 1/2	101,70
Pr. Hypoth.-B.-A.-G.-C.	4 1/2	100,10
Aachen-Maastricht	Div. 1889	73,80
Mainz-Ludwigshafen	116,90	4 1/3
Marienb.-Maastricht	65,30	—
do. do. do.	4	101,70
do. do. do.	3 1/2	97,25
Göttinger Nat.-Hypothe	5	103,10
do. do. do.	4 1/2	103,70
Saal.-Bahn Cr.-A.	4	46,30
do. do.	4	99,25
Stargard-Polen	113,20	5
Pomm. Landhafte	68,10	—
Russ. Bob.-Cred.-Pföldner	4	102,60
do. do.	4	25,50
do. do.	4	102,60
Pr. Central-Bob.	4	—
do. do.	4	89,70

Lotterie-Anleihen.

Bad. Prämiens-Anl.	1887	4	142,00
Bayer. Prämiens-Anl.	1887	4	143,50
Lüttich-Limburg	1887	3	105,40
Deutsch.-Franz.-St.	1887	3	140,25
do. Nordwestbahn	1887	3	138,75
do. Lit. B.	1887	4	134,75
Reichsb.-Pardub.	1887	4	121,40
Russ. Staatsbahnen	1887	5	325,50
do. Loope von 1880	1887	5	127,40
Oldenburger Loope	1887	5	310,60
Pr. Bräm.-Anleihe	1887	5	131,70
Raab-Graz 100% Loope	1887	5	163,50
Pr. Bräm.-Anleihe	1887	5	107,10

Zinsen vom Staate gar. Div.	1889	Bank- und Industrie-Aktien.	1889	Gr. Berl. Pferdebahn	
Gallier	3	86,25	1889	263,25 12/12	
Gothardbahn	—	174,50	Berlin. Papen-Fabrik.	107,30	
Pr. Karpn.-Rub.-Bahn	—	89,00	Wilhelmshütte	103,90	
do. 1887	3 1/2	31,75	Oberschles. Eisenb.-B.	97,80	
do. 1887	3 1/2	—	—	6	
do. 1887	3 1/2	—	Berg- und Hüttengeellschaften.	—	
do. 1887	3 1/2	—	Div. 1889.	—	
do. 1887	3 1/2	—	Dortm. Union-Ba.	143,30	
do. 1887	3 1/2	—	Königs- u. Laurahütte	66,00	
do. 1887	3 1/2	—	Stolberg. Zink.	2 1/2	
do. 1887	3 1/2	—	do. St. Pr.	127,50	
do. 1887	3 1/2	—	Victoria-Hütte	7	
do. 1887	3 1/2	—	Wetzel-Cours vom 10. Juni.	—	
do. 1887	3 1/2	—	Amsterdam	8 Tg. 2 1/2	
do. 1887	3 1/2	—	London	2 Mon. 3	
do. 1887	3 1/2	—	do. 8 Tg. 3	20,35	
do. 1887	3 1/2	—	Paris	3 Mon. 3	20,23
do. 1887	3 1/2	—	Brüssel	8 Tg. 3	80,70
do. 1887	3 1/2	—	Meiningen Hypoth.-B.	104,90	5
do. 1887	3 1/2	—	Norddeutsche Bank	168,90	12
do. 1887	3 1/2	—	Deutsche Genossensch.-B.	129,70	8
do. 1887	3 1/2	—	do. Effecten u. W.	169,10	11
do. 1887	3 1/2	—	do. Reichsbank	141,30	7
do. 1887	3 1/2	—	do. Hypoth.-Bank	112,80	6 1/2
do. 1887	3 1/2	—	Disconto-Command.	224,75	14
do. 1887	3 1/2	—	Gothaer Gründ.-Bk.	93,75	—
do. 1887	3 1/2	—	Hamb. Commerci.-Bank	114,60	7 1/2
do. 1887	3 1/2	—	hannoversche Bank	105,30	6
do. 1887	3 1/2	—	Königsb. Vereins-Bank	115,75	5
do. 1887	3 1/2	—	Elberfeld. Comm.-Bank	118,75	5 1/2
do. 1887	3 1/2	—	Pragm. Rudolf.-Bahn	104,90	5
do. 1887	3 1/2	—	do. Elbhalb.	116,80	12
do. 1887	3 1/2	—	Güstrow. P. Lomb.	115,60	6
do. 1887	3 1/2	—	do. Bojener Provins.-Bank	122,00	6 1/2
do. 1887	3 1/2	—	do. Bremen-Credit.	115,60	10
do. 1887	3 1/2	—	do. Centr.-Boden-Cred.	115,60	8
do. 1887	3 1/2	—	Schaffaus. Bankverein	125,20	8
do. 1887	3 1/2	—	do. Schlesischer Bankverein	153,50	6 1/2
do. 1887	3 1/2	—	Dukaten	135,50	—
do. 1887	3 1/2	—	Gouverneign.	123,25	—
do. 1887	3 1/2	—	20-francs-St. 1888.	118,00	8
do. 1887	3 1/2	—	Imperials per 500 Gr.	100,00	66/3
do. 1887	3 1/2	—	Dollar	18,00	6
do. 1887	3 1/2	—	Englische Banknoten	85,10	5 1/2
do. 1887	3 1/2	—	Französische Banknoten	93,75	3 1/2
do. 1887	3 1/2	—	Deutsche Banknoten	214,25	10 1/2
do. 1887	3 1/2	—	Russische Banknoten	234,80	—

Ausländische Prioritäten.

Gotthardbahn	5	103,90	Gr. Berlin. Pferdebahn	263,25 12/12
Pr. Karpn.-Rub.-Bahn	—	89,00	Wilhelmshütte	103,90
do. 1887	3 1/2	31,75	Oberschles. Eisenb.-B.	97,80
do. 1887	3 1/2	—	Berg- und Hüttengeellschaften.	—
do. 1887	3 1/2	—	Div. 1889.	—
do. 1887	3 1/2	—	Dortm. Union-Ba.	143,30
do. 1887	3 1/2	—</td		